

Grundsätze für Geldanlagen der Stadt Lindau (B)



1. Vorwort

Kassenmittel sind sicher und wirtschaftlich zu verwalten. Der Bestand an Guthaben auf den für den Zahlungsverkehr bei Kreditinstituten errichteten Konten ist dabei auf den für Zahlungen notwendigen Umfang zu beschränken (§ 57 Abs. 1 Satz 2 KommHV-K). Die Auswahl der Geldanlage liegt in der Eigenverantwortung der Kommune.

Aufgrund der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO), der Kommunalhaushaltsverordnung (KommHV-K) sowie der Bekanntmachungen des Bay. Staatsministeriums des Innern vom 9. März 2017, Az. IB4-1512-11-12 fasst die Stadt Lindau (B) deshalb für ihre Geldanlagen nachfolgende Grundsätze. Ziel der Grundsätze ist die Regelung der sicheren und ertragbringenden Anlage des kommunalen Vermögens.

2. Geltungsbereich

Diese Grundsätze regeln die **Geldanlagen** durch die **Stadt Lindau (B)** sowie durch die Stadt Lindau (B) verwalteten **rechtlich unselbständigen Stiftungen**.

Die Richtlinie gilt nicht für Eigenbetriebe und die Eigen- und Beteiligungsgesellschaften, an denen die Stadt mehrheitlich beteiligt ist. Für Gesellschaften an denen die Stadt eine Minderheitsbeteiligung hält, gilt die Anlagerichtlinie dieser Gesellschaft. Für die Vermögensverwaltung der rechtsfähigen Stiftungen findet das Bay. Stiftungsgesetz (BayStG) Anwendung.

Als Geldanlagen angelegt werden, können vor allem die **Mittel der Rücklage(n)** (§ 21 Abs. 1 HS 1 KommHV-K). Ebenso **vorübergehend nicht benötigte Kassenmittel**, die für einige Zeit nicht zur Sicherung der Liquidität und zur Zahlungsabwicklung benötigt werden und daher ertragreicher angelegt werden können (§ 57 Abs. 1 Satz 3 KommHV-K).

3. Einlagensicherung

Mit der Reform des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken BdB e.V. fiel dieser mit Wirkung vom 01.10.2017 u.a. auch für die Kommunen weg, sodass aktuell nur noch folgende freiwillige inländische Einlagensicherungseinrichtungen bestehen:

- Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes öffentlicher Banken VöB (LfA Förderbank Bayern u.w.)
- Sicherungssystem der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe (Sparkassen und Landesbanken)
- Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der deutschen Volks- und Raiffeisenbanken BVR

Bei allen Geldanlagen, deren Schuldner ein Bankinstitut oder Versicherungsunternehmen ist, ist daher vor der Anlageentscheidung zu klären, ob die Geldanlage durch einen freiwilligen, inländischen Einlagensicherungsfonds oder eine Institutssicherung abgedeckt wird.

Es können nur Kreditinstitute Berücksichtigung finden, die einer **freiwilligen Einlagensicherung** angehören bzw. einer **Institutssicherung** unterliegen.

4. Sicherheit

Um Risiken zu begrenzen und die Sicherheit der gesamten Vermögensanlage sicherzustellen, ist auf eine angemessene **Mischung** der unterschiedlichen Anlageformen und auf eine **Streuung** auf unterschiedliche Geldinstitute zu achten.

Anlagen im **Sparkassen- und Genossenschaftsbereich** sind wegen der o.g. Institutssicherung weiterhin uneingeschränkt möglich.

Beim **Rating** ist darauf zu achten, dass Kreditinstitute über die **höchste Bonität bis gute Kreditqualität** verfügen.

Bei kurzfristigen Geldanlagen entspricht dies den ersten zwei Bonitätsstufen (Short-Term-Rating) der Ratingagenturen S&P (A-1+, A-1) und Fitch (F1+, F1) oder Moody's (P-1).

Bei mittel- bis langfristigen Geldanlagen entspricht dies den ersten drei Bonitätsstufen (Long-Term-Rating) der Ratingagenturen S&P und Fitch (AAA, AA+, AA, AA-, A+, A, A-) oder Moody's (Aaa, Aa1, Aa2, Aa3, A1, A2, A3)

Es sind nur Geldanlagen zulässig, die auf Euro lauten.

5. Anlageziele

Die Geldanlagen sind entsprechend den gesetzlichen Vorschriften (u.a. Art. 74 Abs. 2 GO, § 21 Abs. 1 KommHV nach den Grundsätzen der

1. Sicherheit
2. Verfügbarkeit (Liquidität)
3. Angemessenheit (Rentabilität) einschließlich Werterhalt

anzulegen. Der Grundsatz der Sicherheit genießt hierbei die höchste Priorität. Dies kann auch zu Lasten der Rentabilität gehen. Spekulationsgeschäfte sind daher ausgeschlossen.

6. Anlagearten

Die Stadt Lindau (B) unterscheidet folgende Arten der Anlage:

- Anlagen mit einer Laufzeit **bis zu einem Jahr (kurzfristige** Geldanlagen)
- Anlagen mit einer Laufzeit **über einem Jahr bis fünf Jahre (mittelfristige** Geldanlagen)
- Anlagen mit einer Laufzeit **über fünf Jahre (langfristige** Geldanlagen)

Mit der kurzfristigen Kapitalanlage wird das Ziel verfolgt, Kapitalerträge zu erwirtschaften und so zur Finanzierung städtischer Aufgaben beizutragen.

Mit der mittel- bis langfristigen Geldanlage ist neben der Erwirtschaftung von Erträgen das Ziel verbunden, rechtzeitig für bereits eingegangene Verpflichtungen, die erst künftig liquiditätswirksam werden, Vorsorge zu treffen. Damit soll eine Verstetigung der Haushalts- und Kassenbelastungen im Zeitablauf erreicht werden.

7. Anlageformen

Bei den grundsätzlich möglichen Anlageformen beschränkt sich die Stadt Lindau (B) auf:

- Geldanlagen bei Banken in Form von
 - o Tagesgeldern

- Festgeldern
- Termineinlagen oder
- Spareinlagen einschließlich Bausparverträgen,
- Staatsanleihen.

Gemäß EU-Finanzmarktrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive – MiFID) ist die Stadt Lindau (B) bei eigenen Geldanlagen als Privatanleger einzustufen, das heißt mit dem höchsten Schutzniveau. Dies hat die BaFin bereits mit Schreiben vom 25.06.2010 an die Verbände der Finanzdienstleistungsunternehmen und der Kreditwirtschaft klargestellt.

8. Verfahren, Überwachung, Bericht

Auf Grundlage dieser „Grundsätze für Geldanlagen der Stadt Lindau (B)“ ist das weitere Verfahren, in einer **Dienstanweisung** nach § 21 Abs. 1 HS 2 KommHV-K zu regeln.

Soweit erforderlich, kann sich die Stadtkämmerei bei Geldanlagen fachkundig beraten lassen. Bei **längerfristigen und komplexen Anlagen** hat sich die Stadtkämmerei **fachkundig beraten** zu lassen. Die Beratung ist zu dokumentieren. Eine eigenverantwortliche Verwaltung durch Dritte ist ausgeschlossen.

Alle Geldanlagen, unabhängig davon, ob sie kurz-, mittel- oder langfristig sind, sind **laufend zu überwachen**. Die Stadtkämmerei berichtet jährlich rückblickend (z.B. im Rahmen der Jahresrechnung), wie sich die städtischen Geldanlagen entwickelt haben.

9. Hausbank Sparkasse Schwaben-Bodensee

Für die **kurzfristige Anlage** bei der Sparkasse Schwaben-Bodensee gelten abweichend von Nr. 4 **keine Begrenzungen bei Mischung und Streuung**. Die unbegrenzte Anlagemöglichkeit ergibt sich aus der Sonderfunktion der Sparkasse Schwaben-Bodensee als „Hausbank“ und aus der Rolle der Stadt Lindau (B) als eine der Trägerkommunen. Die Anlage von Kapital bei der Sparkasse Schwaben-Bodensee kann auch Auswirkungen haben auf die sonstigen Geschäftsbeziehungen mit der Stadt Lindau (B) (z. B. Transaktionskosten; Reaktion und Hilfe bei Problemfällen etc.). Insofern darf der gewährte Zins nicht allein ausschlaggebend für die Kapitalanlage sein, soweit er nicht wesentlich von dem anderer Banken abweicht.

10. Inkrafttreten

Die Anlagegrundsätze treten mit Wirkung vom 01.04.2023 in Kraft.